Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Laden & Komp., Nr. 20618. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 181. | Dresden, Freitag den 8. August 1919. | 30. Jahrg.

Die Entente für die Habsburger.

Laut **Wiener Allg.** Zeitung verhandelte die englische Regierung zuerst mit dem Exkaiser Karl über den ungarischen Thron. Der Exkaiser lehnte jedoch ab mit der Begründung, daß ihn nach der Herrschaft nicht gelüste, da es ihm nicht gelungen sei, die Revolution und den Zusammenbruch zu verhüten. Darauf führten die Engländer Verhandlungen, den Erzherzog von Hohenberg, den Sohn des ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand, mit der höchsten Würde in Ungarn zu betrauen. Erst als diese Verhandlungen ergebnislos blieben, wurde Erzherzog Joseph berufen. — Von informierter, der Entente nahestehender Seite wird übrigens die Lage in Budapest dahin aufgefaßt, daß sie unter Umständen zur Wiederaufrichtung der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie unter dem Schutze der Entente allerdings in bedeutend verkleinertem Maße führen könnte.

In den Vorgängen des südöstlichen Europas vereinigen sich höchst tragische Ereignisse mit Zügen der tollsten Groteske. Daß aber in Mitteleuropa die monarchistische Gegenrevolution unter dem Schutz der Entente schon wieder ihr Haupt erheben kann, das ist das Werk des bolschewistischen Wahnwitzes. In Ungarn ist es dem Bolschewismus gelungen, den wirklichen Kern der revolutionären Bewegung, die Sozialdemokratie, derart zu schwächen, daß ein Widerstand gegen die monarchistische Gegenrevolution unmöglich war. Das ist das einzige, was er positiv erreicht hat. Im übrigen erwies sich seine ganze Rechnung als vollkommen falsch. Das Bündnis mit Sowjet-Rußland erwies sich als ein leeres Schaugericht, es brachte keine Kompanie als Unterstützung, keine Munitionszufuhr, nicht einmal ein Stückchen Brot. Werden nun unsre deutschen Unabhängigen und Kommunisten, die vereinten Streiter im Kampf um die Diktatur des Proletariats, aus diesen Tatsachen lernen? Wenn sie ehrlich sind, werden sie zugeben, daß es auf dem Wege über die Diktatur des Proletariats kein Heil für das Volk gibt. Heute ist die Politik mehr als je die Kunst des Möglichen. Was uns blühen würde, wenn bei uns die Diktatur des Proletariats zur Herrschaft käme, zeigt uns Ungarn mit erschrecklicher Deutlichkeit: Die völlige Besetzung Deutschlands durch die Feinde, die Errichtung einer brutalen Diktatur der fremden Soldateska, die Vernichtung der Republik und die Wiedererrichtung der Monarchie. Wie alle andern Völker, so kann auch uns nur eine planmäßige sozialistische Politik retten, die uns über die Demokratie zum Sozialismus führt.

•

Die Diktatur des Erzherzogs.

Ueber die Ereignisse in Budapest bei der Uebertragung der höchsten Macht an Erzherzog Joseph werden aus Wien noch folgende Einzelheiten berichtet: Eine größere militärische Deputation begab sich zum Erzherzog Joseph und ersuchte ihn, die Lösung der Lage in die Hand zu nehmen. Nachdem Erzherzog Joseph seine Bereitwilligkeit erklärt und in Budapest mit den Ententemissionen verhandelt hatte, wurde zunächst die frühere Staatspolizei versammelt und eine freiwillige Truppe von etwa 8000 Bewaffneten bereitgestellt. Eine Abordnung derselben führte die Abdankung der früheren Minister herbei, die vorübergehend in Gewahrsam genommen und später wieder freigelassen wurden.

Der Regierungswechsel vollzog sich in der allergrößten Ruhe und ohne Zwischenfälle. Es wurde am Donnerstag früh eine Kundgebung der neuen Regierung angeschlagen, in der es u. a. heißt: Es droht eine Katastrophe, wenn die ungarische Intelligenz vereint mit der nüchternen Arbeiterschaft und des ackerbauenden Volkes nicht mit starker Hand Ordnung schafft. Weiter gibt die Kundgebung das folgende vorläufige Kabinett bekannt: Ministerpräsident: der frühere Staatssekretär für Heerwesen Stephan Friedrich, Inneres: Adolf Samassa, Aeußeres: General Gabriel Tanczos, Kultus und Unterricht: Dr. Alexander Imre, Krieg: General Franz Schneller, Handel und Gewerbe: interimistisch Stephan Friedrich, Finanzen: Dr. Johann Gruenn, Volkshygiene: Dr. Andreas Czillery, Ernährung: einstweilen unbesetzt, Ministerium der nationalen Minderheiten: Dr. Jakob Bleyer, Justiz: Dr. Bela Szasza, Ackerbau: Dr. Roland Szterk. In einigen Tagen soll eine Uebergangsregierung nach Anhörung der Bürgerschaft, des ackerbauenden Volkes und der Arbeiterschaft gebildet werden. Der ehemalige Handelsminister im Kabinett Karolyi, Martin Lovaffy, der sich in Wien befindet und hier mit den Sozialdemokraten verhandelt, gilt als Nachfolger des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Stephan Friedrich und soll, wie es heißt, bereits in den nächsten Tagen ernannt werden. Einer Korrespondenz von Erzherzog Joseph dazu ermannt werden. Einer Korrespondenz von Erzherzog Joseph dazu ermannt werden. Einer Korrespondenz erklärte Lovaffy: Ich hoffe, daß wir auf dem Wege der völligen Entwirrung sind. In Erzherzog Joseph erblickt die freie Bürgerschaft nicht das Mitglied des ehemaligen Herrscherhauses, sondern den treuen mitfühlenden Bürger Ungarns. Innerhalb kurzer Zeit wird Ungarn eine starke einheitliche Regierung haben.

Die beiden sozialistischen Blätter in Budapest, wurden behördlicherseits am Erscheinen gehindert. Die Budapester Regierung soll schon seit langem die Unterwerfung Frankreichs für Erzherzog Joseph haben.

Die Entente und die Rumänen.

Der Oberste Rat in Versailles hat die Waffenstillstandsbedingungen, die Ungarn durch Rumänien auferlegt worden sind und die tschechoslowakischen, südslawischen und italienischen Rechte verlegen, zu hart befunden und zur Mäßigung geraten. Den Rumänen aber paßt die Einmischung der Entente gar nicht. Die Wiener Stimmen erfahren, daß besonders die Nachricht von dem Beschluß des Obersten Rates in Paris, die nach Budapest gesandte Mission von Generalen mit dem Oberbefehl über sämtliche in Ungarn befindlichen Verbandsstreitkräfte zu betrauen, in politischen und militärischen Kreisen Rumäniens sehr verstimmend gewirkt habe. Der Besuch des Königs Ferdinand in Budapest soll unterbleiben. Der rumänische Oberkommandant werde zurücktreten. Der größte Teil der rumänischen Besatzungstruppen solle in den nächsten Tagen aus Budapest zurückgezogen werden. — Die Einwohner werden ihren „Befreiern" nicht nachtrauern. Denn immer weitere Gewalttätigkeiten begehen sie. Vorgestern nachmittag versuchten mehrere rumänische Abteilungen von der Csepeler Waffen- und Munitionsfabrik Besitz zu ergreifen. Die Arbeiterschaft setzte sich zur Wehr. Nach kurzem Feuergefecht, in dem die Rumänen Sieger blieben, besetzten diese die Fabrik.

•

Böhms Flucht aus Wien.

Wien, 7. August. Der ungarische Gesandte Böhm hat telegraphisch seine Demission eingereicht und ist gestern nacht nach Verbrennung sämtlicher Geheimakten im Kraftwagen aus Wien geflüchtet. Am Vormittag erschienen in der Gesandtschaft ungarische Journalisten und Offiziere, verprügelten das Gesandtschaftsgesinde und warfen es aus dem Gesandtschaftsgebäude heraus.

Die Beratungen der Wiederaufbaukommission in Versailles.

An zuständiger Stelle erfahren die P. P. N.: Zu Beginn der Kommissionssitzung am 4. August erklärte der französische Vorsitzende, der Minister Loucheur, daß die Entente bereit wäre, die Mittel zu prüfen, welche von deutscher Seite vorgeschlagen würden, um mit Hilfe der Alliierten die deutsche Kohlenförderung zu steigern. In der Plenarsitzung der Kommissionsmitglieder gab Herr Loucheur die Erklärung ab, daß er dem aus Amsterdam zurückkommenden Vorsitzenden der französischen Bauarbeiter Chavin mit dem deutschen Delegierten Silberschmidt von der Gewerkschaft der Bauarbeiter zusammenkommen würde. Er sei der Ansicht, daß die Amsterdamer Aeußerungen Chavins, wonach deutsche Arbeiter in Nordfrankreich unerwünscht wären, mißverstanden sein müßten. Bei Besprechung der Einzelfragen äußerte Minister Loucheur, er dächte sich, daß Deutschland vor allen Dingen die Gegend von Lens und Bailleul wieder aufbauen würde. Auch hielt er es für dringend erwünscht, daß Deutschland eine möglichst große Anzahl Hilfsarbeiter für die französische Landwirtschaft in Nordfrankreich zur Verfügung stellen sollte. Das Verhältnis der französischen Bauern zu den deutschen Kriegsgefangenen sei gut gewesen, daher glaube er, daß hierbei die Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte wohl die geringste Schwierigkeit bieten würde.

Nach eingehender Aussprache wurde die Gründung mehrerer Unterkommissionen beschlossen.

Die Steuervorlagen.

Die Nationalversammlung nahm am Donnerstag nach der auch so kurzen Ferienpause wieder ihre Arbeit auf. Auf dem Tisch des Hauses liegt ein recht umfangreiches und buntes Steuerbukett. Man begann mit den Besitzsteuern. Hier wird dem Reichsfinanzminister Gelegenheit geboten, für die etwas dunkle politische Vergangenheit des Reichstagsabgeordneten Erzberger Absolution zu erhalten. Die erste Vorlage, die heute in zweiter Lesung besprochen wurde, sieht nach dem Muster der früheren außerordentlichen Wehrbeiträge eine ähnliche Kriegsabgabe vom Mehreinkommen vor. Die Steuersätze beginnen mit 5 Proz. bei einem Mehreinkommen von 10 000 M. und steigen nach der Ausschußfassung bis zu 70 Proz. bei einem 100 000 M. übersteigenden Mehreinkommen. Unsre Fraktion ließ durch Genossen Dröner einen Antrag begründen, der die Besteuerung schon bei 5000 M. und die Staffelung bis zu 80 Proz. fordert. Unser Antrag wurde aber durch den Block der Steuerscheuen abgelehnt. Die Kriegsgewinne sollen natürlich — das versichern pathetisch alle bürgerlichen Redner — drangelangen und weggesteuert werden, aber „die ehrlichen Geschäftsleute" dürfen nicht zu scharf angefaßt werden. Dieses Lied haben wir bis zum Ueberdruß schon bei den wahrhaftig zahmen Besitzsteuerprojekten des alten Regimes gehört.

Diese Parteien haben tatsächlich durch die Revolution nichts hinzugelernt. Ihnen ist der Besitz immer noch der heilige Gral, dem kein Unwürdiger sich nahen darf! Und der Unwürdigste ist natürlich der gierige Steuerfiskus. Wozu ist denn das Volk sonst da, als dazu, indirekte Steuern zu bluten! So werden dann die „ehrlichen Geschäftsleute" jedesmal vorgeschoben, wenn der Geldsack in Gefahr gerät. Es blieb, wie auch bei den übrigen Paragraphen, zumeist bei der Ausschußfassung. Nur wurde im Interesse der Genossenschaften eine Bestimmung eingefügt, die ihnen gestattet, die Kriegsabgabe in Kriegsanleihe zu leisten. Haben doch die Genossenschaften „unter behördlichem Druck" (!) vielfach so hohe Zeichnungen vollzogen, daß sie jetzt ohne diese Zahlungsvergünstigung vor dem Ruin stehen würden! — In der zweiten Beratung der Vorlage über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs wehrte sich der deutsche Volksparteiler Dr. Rießer sehr energisch gegen die Vorwürfe von unsrer Seite. Er behauptete, daß niemand dem Reiche vorenthalten wolle, was des Reiches sei; der Streit gehe lediglich darüber, wie weit man die Grenzen der Besteuerung mit Rücksicht auf die Fortdauer und Wiederaufrichtung unsrer Wirtschaft abstecken könne. Das ist allerdings richtig, darum geht der Streit. Nur sind die Herren Bürgerlichen sehr dazu geneigt, wenn es ans Zahlen von Besitzsteuern geht, unser Wirtschaftsleben mit einem gebrechlichen Greise zu vergleichen. Dem Volke gegenüber kennen sie keine Rücksicht, da sind sie alles andre als sentimental.

In der weiteren Debatte wurde von unsern Rednern die Steuerscheu der Besitzenden in das gebührende Licht gesetzt. Ebenso wie bei der Kriegsabgabe vom Einkommen wurden unsre weitergehenden Anträge fast durchweg abgelehnt. Auch hier blieb es in der Hauptsache bei den Beschlüssen der Ausschußberatung. — Am Freitag steht u. a. der Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Elektrizitätswerke auf der Tagesordnung.

Michaelis' Rechtfertigungsversuch.

Berlin, 7. August. Ueber den englischen Friedensfühler veröffentlicht die Voss. Ztg. eine ihr von dem früheren Reichskanzler Dr. Michaelis nach Besprechung mit den Vertretern der früheren Obersten Heeresleitung und dem Staatsminister Dr. Helfferich und in Gemeinschaft mit diesem gegebene Darstellung, die in ihrem sachlichen Teile im wesentlichen wie folgt lautet: Ich war mit dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn v. Kühlmann, mit dem ich alsbald das Schreiben des Nuntius eingehend besprach, der Meinung, daß angesichts des begleitenden Kommentares des Kardinalstaatssekretärs zwar die starke Möglichkeit eines ernsthaften englischen Friedensfühlers vorliegt, daß jedoch aus dem von dem Nuntius mitgeteilten Texte der Mitteilung des Foreign office an den britischen Gesandten beim Vatikan sich nicht mit der für die Abgabe der gewünschten Erklärung über Belgien erforderlichen Sicherheit die Ernsthaftigkeit der englischen Vertretschaft ergebe, auf einer für Deutschland im übrigen annehmbaren Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten. Deshalb habe ich mit Herrn v. Kühlmann vereinbart, daß zunächst durch einen von Herrn v. Kühlmann vorgeschlagenen neutralen Diplomaten die englische Regierung auf ihre Ernsthaftigkeit sondiert werden sollte.

Im Kronrate vom 11. September beantragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen die kaiserliche Ermächtigung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens bereit sei. Der Chef des Admiralstabes sprach sich dafür aus, daß die belgische Küste in deutscher Hand bleiben müsse. Die Vertreter der Obersten Heeresleitung legten die militärischen Gründe dar, die in Rücksicht auf die erwartete Lage der für die Kriegführung durch seine kriegswirtschaftlichen Erzeugnisse unentbehrlichen rheinisch-westfälischen Industriegebietes und die spätere Verteidigungsmöglichkeit des Reiches die militärische Kontrolle über die Festung Lüttich und Umgebung erwünscht erscheinen ließe. Der Kaiser entschied im Sinne meines Antrages mit dem Vorbehalte einer erneuten Prüfung, falls der Verzicht auf Belgien nicht bis zum Jahresende den Frieden sichern und so einen neuen Kriegswinter ersparen sollte. — Auf dieser Grundlage habe ich den Staatssekretär des Aeußern beauftragt, seinen neutralen Vertrauensmann zu instruieren. Dem neutralen Vertrauensmanne wurde in meinem Auftrage weiter eröffnet, unserseits sei Voraussetzung der Verhandlungen mit England: die Erhaltung unsres Besitzstandes vor dem Kriege einschließlich der Kolonien, der Verzicht auf Entschädigungen und die Abstandnahme vom Wirtschaftskrieg nach dem Kriege. Michaelis führt sodann aus, daß es sich in dem von dem Reichsministerium für den Verkehr veröffentlichten Briefwechsel zwischen ihm und dem deutschen Vater veröffentlichten Briefwechsel zwischen ihm und dem Feldmarschall v. Hindenburg nicht um Vorbehalte handelt, die gegenüber England gemacht wurden, sondern um Ziele, die in Verhandlungen mit Belgien selbst angestrebt werden sollten. Die Aktion des neutralen Vertrauensmannes ist durch diese Dinge in keiner Weise eingeengt oder erschwert worden. Sie führte jedoch schließlich zu einem durchaus negativen Ergebnis.

•

Ueberflüssige Manöver.

Weimar, 7. August. Der englische Friedensfühler vom August 1917, den noch vor wenigen Tagen der frühere Reichskanzler Michaelis in einem offenen Briefe an die Presse ausdrücklich als Friedensfühler bezeichnet hat, wird auf Grund einer kurzen Reutermeldung von der deutschen rentestehenden Presse nunmehr einfach wegzuleugnen versucht. Alle diese Versuche werden scheitern. Der englische Friedensfühler ist eine historische Tatsache. Es bestand aus einer mit ausdrücklicher Zustimmung Frankreichs durch Vermittlung des apostolischen Nuntius an die deutsche Regierung überreichten Anfrage Englands nach den deutschen Kriegszielen, insbesondere nach einer einwandfreien Erklärung über Belgien. „Sei diese Erklärung befriedigend", so heißt es wörtlich in dem Schreiben des Nuntius Pacelli an den Reichskanzler Michaelis vom 30. August 1917, „so meint Se Eminenz (der Kardinalstaatssekretär), daß ein Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht werde." Und der Nuntius fügte seinerseits hinzu, „daß mit einer versöhnlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird. Kein Parteimanöver wird imstande sein, über den Wortlaut dieses zum ausgesprochenen Zwecke der Friedensvermittlung geschriebenen und überreichten amtlichen Schriftstückes einer neutralen Macht hinwegzutäuschen, und keine Pressepolemik wird die Tatsache aus der Welt schaffen können, daß die deutsche Regierung unter dem Einflusse der Obersten Heeresleitung und den hinter ihr stehenden alldeutschen Kreisen eine Erklärung über Belgien nicht abgeben und dadurch eine Friedensmöglichkeit verscherzt hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190808/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG